

sehenden in Westdeutschland wirksame und umfassende Rechtsnormen gegen die kriminelle Unterwanderung aller Lebensbereiche zu schaffen.

Auch der westdeutsche Kriminologe Hellmer hat eine Reihe von konkreten Vorstellungen entwickelt, um die Massenerscheinung Kriminalität zunächst auf ein normales Maß zurückzuführen, wovon er überhaupt eine wirkungsvolle Vorbeugung abhängig macht. Er wendet sich gegen „Vorschläge zur Verbrechensbekämpfung, deren verfassungsrechtliche Zulässigkeit höchst zweifelhaft ist“<sup>28</sup>. Statt dessen fordert er die „Stärkung des sozialen Gefüges“, ein „System von Normen und Kontrollen, das sich aus zwischenmenschlichen Beziehungen entwickelt: Familie, Nachbarschaft, Beruf“ u. ä.<sup>29</sup>. Hellmers Vorschläge sind darauf gerichtet, den Freizeitraum, der nach seiner Vorstellung in der Perspektive ständig größer wird, „sinnvoll auszugestalten“, und zwar u. a. durch:

- Rückführung der Frau und Mutter in die Familie, mindestens dort, wo Kinder oder Jugendliche vorhanden sind;
- Reduzierung der „pausenlosen Propagierung von mehr Wohlstand, Vermögensbildung und größerem Konsum“;
- Angebot besserer Bildungschancen und Einrichtung von Ganztagschulen;
- Übertragung von Verantwortung im Beruf und im politischen Leben, vor allem auf den jungen Menschen, „statt ihn von der Willensbildung im öffentlichen Bereich ganz auszuschließen“;
- Schaffung von „gebundenen Freizeiten“, d. h. von Gelegenheiten, an Bildungskursen teilzunehmen;
- Auflockerung der „anonymen Staatsmacht zugunsten ihrer Repräsentanten, wie Lehrer, Richter, Fürsorge, Polizisten, Bewährungshelfer usw.“, damit die interne Akrobatik mit Recht und Gesetz aufgehört und etwas mehr von der sozialen Forderung in die Breite dringt“<sup>30</sup>.

Polizei und Justiz können nach Hellmers Ansicht überhaupt erst wirksam werden, „wenn die vorstehenden Reformen durchgeführt sind, die Kriminalität also auf ihr normales Maß reduziert ist. Wo das nicht der Fall ist, verlagert sich der Vorbeugungsgedanke unweigerlich in den repressiven Bereich, und es brechen Atavismen wie Verdachtstraft und Vorbeugungshaf\* durch, weil man sich — infolge von Versäumnissen im sozialen Bereich — nicht mehr zu helfen weiß“<sup>31</sup>.

Mögen Hellmers Vorstellungen auch subjektiv anerkennenswert sein — an das eigentliche Problem führen sie jedoch nicht heran. Dazu wäre es notwendig, sich dessen bewußt zu werden, welche Veränderungen im gesellschaftlichen Gefüge notwendig sind, um die von Hellmer erstrebte Stärkung dieses Gefüges zu erreichen. Es bedürfte der Klarheit über Rolle und Stellung des Menschen als Hauptproduktivkraft in der Gesellschaft, über die historische Mission der Arbeiterklasse als Hauptträger der wissenschaftlich-technischen Revolution. Es wäre notwendig, den westdeutschen Werktätigen in seiner Totalität sowohl als Produzenten als auch als aktiven Mitgestalter seiner eigenen und der gesellschaftlichen Beziehungen zu erfassen. Erst daraus könnten sich konkrete Schlußfolgerungen für eine sinnvolle und zweckmäßige Freizeitgestaltung durch das Wirken „wertbildender Faktoren“ ergeben,

28 Hellmer, a. a. O., S. 21. Dort nennt er u. a. die Verschärfung des Rechts der Untersuchungshaft, den erweiterten Waffengebrauch der Polizei, das Abhören von Ferngesprächen, die Aufnahme privater Gespräche auf Tonträger, die Vorbeugungshaf.

29 Hellmer, a. a. O., S. 22.

30 Hellmer, a. a. O., S. 24 f.

## Auszeichnung

In Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste in der Gewerkschaftsarbeit erhielt

**Wenzl Macho,**

Staatsanwalt beim Staatsanwalt des Bezirks Gera,  
die Fritz-Heckert-Medaille des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes.

deren Entwicklung Hellmer für unbedingt erforderlich hält. Dieses Problem erkennt Hellmer aber offenbar nicht.

Von wem und in welcher Gestalt auch immer in Westdeutschland Projekte zu einer wirksamen Kriminalitätsbekämpfung und -Vorbeugung vorgetragen werden mögen — die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse entscheiden über ihre Anwendbarkeit und Effektivität. Eine wirksame Verhinderung der Verletzung von Elementarnormen des zwischenmenschlichen Zusammenlebens durch einzelne ist unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen im Bonner Staat, dessen Politik eine permanente Verletzung von Elementarnormen zwischenstaatlicher Beziehungen ist, schwer vorstellbar. Notwendig ist daher eine grundlegende und zusammenhängende demokratische Alternative zu den bestehenden Herrschaftsverhältnissen in Westdeutschland.

Die SiPD/PiDP-Koalition hat in ihrer Regierungserklärung vom Herbst 1969 eine Reihe von wichtigen demokratischen und sozialen Reformen versprochen, die — wie z. B. die Reform auf dem Gebiet des Bildungswesens — auch für die Kriminalitätsbekämpfung Bedeutung haben könnten, wenn sie Realität würden. Als Kriterium der einzelnen Reformen bezeichnete Walter Ulbricht deren demokratischen Gehalt, für den die Berücksichtigung der Forderungen des DGB in der „Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes an die neue Bundesregierung“ vom 22. Oktober 1969 ein Prüfstein sind<sup>32</sup>. Diese Erklärung orientiert auf die stärkere Berücksichtigung der Belange der Arbeiter, Angestellten und Beamten, insbesondere durch die Verwirklichung der Mitbestimmung im gesamtwirtschaftlichen Bereich, das Verbot - der neonazistischen Partei und demokratische Reformen auf vielen anderen Gebieten des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens, u. a. auch auf die Schaffung eines neuzeitlichen Strafrechts und Strafvollzugsrechts.

Obwohl wir — wie Walter Ulbricht darlegte — wissen, „daß nicht wenige Reformen erst in einer sozialistischen Gesellschaft voll zum Tragen kommen können, stehen wir positiv zu allen Ansätzen demokratischer und sozialer Reformen“<sup>33</sup>. Aus der Dialektik des Klassenkampfes ergibt sich, daß sich gewisse Verbesserungen, die die demokratischen Kräfte erkämpfen, als Schritte zur Einschränkung der Macht der Monopole ausdrücken können. Sie können aber auch von der Monopolbourgeoisie in ihr Gegenteil verkehrt werden. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß die Realisierung von Reformen mit demokratischen Ansätzen gegen den erbitterten Widerstand der konservativen Kräfte erkämpft werden muß, und zwar durch das Zusammenwirken aller demokratischen und fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland.

Letztlich erhärtet auch die Situation im Bereich der

31 Hellmer, a. a. O., S. 28.

32 vgl. W. Ulbricht, Grundlegende Aufgaben im Jahre 1970, Referat auf der 12. Tagung des Zentralkomitees der SED, Berlin 1969, S. 64 f.

33 W. Ulbricht, a. a. O., S. 73.